

## Kapitel 9

### Nach dem »Langen Sommer des Willkommens«

---

Welche Art und Weise des Umgangs Berlin mit Flüchtlingen findet, wird nicht erst im »langen Sommer des Willkommens« 2015 zum Thema. Anders als andere Bundesländer hatte der Berliner Senat Flüchtlinge als eine Zielgruppe seiner Integrationskonzepte von 2005 und 2007 benannt.

Schon seit Oktober 2012 hatten Asylbewerber\*innen, von denen ein großer Teil aus afrikanischen Ländern kommt, mit verschiedenen Aktionen auf sich aufmerksam gemacht: Mit einem Camp auf dem Oranienplatz im Herbst 2012, einem Hungerstreik am Brandenburger Tor und der Besetzung der leerstehenden Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg und einer demonstrativen Besetzung der Zentrale des DGB-Landesbezirks.<sup>1</sup> Diese Aktivitäten sind kontinuierlich von öffentlichen Auseinandersetzungen und von Konflikten innerhalb der regierenden SPD-CDU-Koalition begleitet. Im Sommer 2014 wird durch Anweisung des Innensenators die Besetzung des Oranienplatzes beendet; in der Folge kommt es zu weiteren spektakulären Besetzungsaktionen, wie z.B. der Aussichtsplattform des Fernsehturms.<sup>2</sup>

In der Einleitung haben wir die Befürchtung formuliert, dass die Ankunft einer großen Zahl von Geflüchteten in den Jahren 2014 bis Anfang 2016 die Trends zur interkulturellen Öffnung der Berufsausbildung ein-

---

1 Vgl. hierzu: Hasselmann, Jörn/Frenzel, Veronica/Kneist, Sigrid/Van Bebber, Werner: »Räumung am Oranienplatz. Kein Friede den Hütten«, in: Der Tagesspiegel vom 8.4.2014.

2 Chronologie der Flüchtlingsproteste in Berlin: <https://www.rbb24.de/politik/thema/flu-echtlinge/hintergrund/Chronologie-Fluechtlingsproteste-Oranienplatz-Brandenburger-Tor.html>

schränken könnte. Es gilt eher das Umgekehrte, dass der starke Zugang von Geflüchteten Fragen der Integrationspolitik ins Zentrum von Politik und Öffentlichkeit rückt. Im Zentrum von Bildungsaspekten stand der Zugang von Geflüchteten zu Kitas und Grundschulen; gerade für jugendliche Geflüchtete wurden Willkommensklassen an OSZ eingerichtet und der möglichst zügige Übergang in eine Ausbildung thematisiert.

Vor allem gewannen die interkulturelle Öffnung und Diversity-Kompetenz von Bezirksverwaltungen an Bedeutung. Wenngleich diese nicht unbedingt explizit angesprochen wurde, entstand recht bald auch in den Ämtern ein Konsens darüber, dass eine Metropole wie Berlin mit Zuwanderern umgehen können muss. Zum Beispiel gewann das integrationspolitische Programm der Berliner Integrationslotsinnen und -lotsen bei Kolleg\*innen in den Bezirksämtern hohe Wertschätzung.

## Auf die vielen Geflüchteten wenig vorbereitet

Es sollte sich zeigen, dass trotz der sich verdichtenden Vorzeichen in den unmittelbaren Jahren vor 2015 Berlin auf die Aufnahme einer großen Zahl Geflüchteter wenig vorbereitet war, und dies, obwohl im integrationspolitischen Kontext der Stadt das Thema »Flucht und Asyl« immer präsent war. Das wird bundesweit erkennbar durch die mangelnde Ausstattung des LA-GeSo, des Landesamts für Gesundheit und Soziales,<sup>3</sup> geprägt, das mit der Registrierung der Geflüchteten völlig überfordert war.

Dass dies Auswirkungen haben könnte und vermutlich würde, zeichnet sich etwa im folgenden Interview-Ausschnitt ab: »Nun sind die Flüchtlinge aber da«, sagt die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 30. August 2015<sup>4</sup> zu Eric Schweitzer, dem Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Dieser antwortet: »Richtig. Und ein Viertel der Asylbewerber ist im ausbildungsfähigen Alter, zwischen 16 und 25 Jahre. [...] Es gibt ein großes Potenzial. Allerdings ist nicht jeder junge Asylbewerber [...] unmittelbar für die Ausbildung geeignet. Da gibt es unterschiedliche

3 Beikler, Sabine/Fiedler, Maria: Jetzt arbeitet die neue Behörde für Flüchtlinge, in: Tagespiegel vom 1.8.2016.

4 <https://csr-news.net/news/2015/08/30/dihk-chef-beklagt-schwierige-suche-nach-auszubildenden>

Barrieren. [...] Wir wollen von der Bundesregierung die Zusage für Asylbewerber mit Bleibeperspektive: Wer in einer Ausbildung ist, darf nicht abgeschoben werden – inklusive einer Anschlussphase von mindestens zwei Jahren im Beruf.« Darauf fragt die FAZ weiter: »Früher hieß es schnell: Bestimmte Jugendliche sind gar nicht ausbildungsfähig. Gibt es das noch – oder sagen Sie: Inzwischen brauchen wir jeden?« Und Schweitzer antwortet: »Wir bemühen uns um jeden. Aber es bleibt leider immer noch ein Teil, den wir nicht vermitteln können. [...] Dazu kommt, dass die Anforderungen in vielen Ausbildungsberufen stark gestiegen sind.«

Das Bild ändert sich aber im Laufe der nächsten Monate mit positiven Berichten von Ausbildungserfolgen. Insgesamt zeigte sich in Hinblick auf Erfahrungen mit Schule und Bildung und Bildungsverhalten unter den jungen Geflüchteten eine ähnliche »Dreiteilung«, wie wir sie auch bei uns kennen. Es gibt gut Vorgebildete, Leistungs- und Anpassungsfähige, die ihren Weg gehen – aber eher in ein Studium als in eine Ausbildung streben. Eine mittlere Gruppe hat gute Chancen auf lebbare berufliche Perspektiven, *wenn* ihre besondere Ausgangslage und die besondere Verletzlichkeit ihrer Motivationen im Bildungssystem Beachtung finden. Schließlich wird es eine nicht kleine dritte Gruppe von Jugendlichen geben, die seit Monaten oder Jahren keine Schule besucht oder überhaupt nur eine unzureichende formale Bildung hat, aber auch jene, die durch die Situation im Herkunftsland, durch die Flucht und ihr Ankommen hier physisch, psychisch oder moralisch besonders angegriffen sind.

Das Stichwort heißt hier: Prekäre Lebensverhältnisse. Die jungen Geflüchteten der dritten Gruppe werden die Zahl derjenigen jungen Leute verstärken, die hier aufgewachsen sind – aus Familien mit oder ohne Migrationsgeschichte – und sich in erheblichen *Risikolagen* befinden, was ihre berufliche Zukunft und eine eigenständige Lebensführung betrifft. Einer solchen Entwicklung ist dringlich entgegenzutreten – mit allen Instrumenten der Bildungs- und Integrationspolitik sowie den zur Partizipation und Integration erheblich verstärkten Mitteln der Bezirke.

## Schritte und Bausteine für Integration und Teilhabe

Insbesondere in Hinblick auf junge Geflüchtete werden sofort viele Maßnahmen initiiert. Im Verband der Berliner Metall- und Elektroindustrie – Partner von *Berlin braucht dich!* – z.B. werden Überlegungen zu einem Coaching von geflüchteten Kindern entwickelt. Der Träger Arbeit und Bildung, seit 2006 mit berufsbezogener Beratung des »Kumulus- Projekts« am Oberstufenzentrum Körperpflege präsent, erweitert die Schulsozialarbeit ab September 2015 durch Sofortmaßnahme für Geflüchtete in den Willkommensklassen der OSZ-Versorgungstechnik-Max-Taut-Schule, Logistik-Touristik-Steuern-LOTIS, OSZ-Wirtschaft und Sozialversicherung-WISO-Hermann-Scheer-Schule, OSZ-Technische-Informatik-Energietechnik-TIEM. Auch im Rahmen der Jugendverbandsarbeit werden umgehend Unterstützungsvorhaben aufgelegt.<sup>5</sup>

Schließlich einigen sich die wichtigsten landesweiten Akteure 2016 auf ein Berliner 10-Punkte-Programm und bilden hierzu auch eine koordinierende Struktur:

In Berlin wirken alle wichtigen Arbeitsmarktakteure in der Lenkungsgruppe »Arbeitsmarktintegration Geflüchteter« zusammen. Dazu gehören die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit (RD BB), die Industrie- und Handelskammer (IHK), die Handwerkskammer Berlin (HWK), der Deutsche Gewerkschaftsbund Berlin-Brandenburg (DGB), die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg e.V. (UVB), die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege (LIGA) sowie verschiedene Senatsverwaltungen. Hier werden sämtliche Aktivitäten koordiniert und zusammengeführt. Eine Koordinierungsstelle beim Integrationsbeauftragten wird die Arbeit der Steuerungsgruppe begleiten. Es geht um die Bündelung von spezifischen Maßnahmen für geflüchtete Menschen, Öffnung von vorhandenen Förderinstrumenten und Verknüpfung der verschiedenen Aktivitäten.<sup>6</sup>

Das Amt des Integrationsbeauftragten kommt hier also in einer koordinierenden Funktion ins Spiel, Seit Oktober 2015 ist Andreas Germershausen –

5 [www.aub-berlin.de/fuer-jugendliche/schulsozialarbeit-an-den-berliner-oberstufenzentren/](http://www.aub-berlin.de/fuer-jugendliche/schulsozialarbeit-an-den-berliner-oberstufenzentren/)

6 <https://www.berlin.de/sen/arbeit/berlinarbeit-ziel-4/arbeitsmarktintegration/>

seit 2001 dort beschäftigt – Beauftragter des Berliner Senats für Integration und Migration und damit auch Leiter der Abteilung Integration in der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Seine Arbeit in diesen Monaten wird vor allem durch zwei große Projekte bestimmt, die der dem Feld »Geflüchtete« Struktur und Kontinuität geben sollen: dem »Masterplan Integration und Sicherheit«, der am 24.5.2016 verabschiedet wird,<sup>7</sup> und der Eröffnung des Willkommenszentrums in der Potsdamer Straße im August 2016.<sup>8</sup> Zugleich und mit dem »push« des Flüchtlingsgeschehens verbessert sich auch moderat die Personalsituation beim Integrationsbeauftragten.

## Das gesellschaftliche Klima wird rauher

Zugleich wird das gesellschaftliche Klima rauher. Die verspätete politische Einsicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und bleibt, wirft nun – durch die Aktualisierung, die diese Frage durch den »Flüchtlingssommer« erhalten hat – lange Schatten. Schon 1988 hatten Andreas Germershausen und Wolf-Dieter Narr auf die negativen Folgen einer solchen Verleugnung hingewiesen: »Nichts kennzeichnet die Stärke schlimmer deutscher Vergangenheit so sehr, nichts bezeichnet so nachhaltig die innere, die substantielle Schwäche der Bundesrepublik, wie das menschenabstoßende Dauermotto ›Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland‹. Die Politik der Schließung, widersprüchlich zur internationalen Abhängigkeit der Bundesrepublik, wirkt nicht nur negativ nach außen, sie wirkt gleichermaßen repressiv, Freiheit und Pluralität raubend, nach innen.«<sup>9</sup> Wüsste man nicht, dass dieses Statement aus dem Jahr 1988 stammt, könnte man es fast als einen Kommentar zu den politischen Debatten des Jahres 2018 lesen.

Pegida (Akronym der selbstgewählten Bezeichnung »*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes*«) wird schon im Dezember 2014 gegründet und gelingt eine erste große Demonstration in Dresden im Januar 2015. Ein weiterer Höhepunkt der Mobilisierung ist der Oktober 2015. Aber

7 <https://www.berlin.de/fluechtlinge/infos-zu-fluechtlingen/masterplan/>

8 Benalia, Emina: Neues Willkommenszentrum in Berlin nimmt seine Arbeit auf, in: Berliner Morgenpost vom 18.08.2016.

9 Germershausen, Andreas/Narr, Wolf-Dieter: Flucht und Asyl in der Politik der Bundesrepublik, Berlin 1988, S. 23-34.

dies ist kein ausschließlich Dresdener oder ostdeutsches Phänomen, wie sich schnell zeigen sollte. In Berlin z.B. finden nach dem Sommer 2015 wöchentlich rechte Protestaktionen statt. Die rechte Gewalt ging nach Angaben von ReachOut, Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin, in 2016 in Berlin gegenüber 2015 zwar etwas zurück, lag aber deutlich über dem Niveau von 2014.<sup>10</sup> Immer wieder gab es und gibt es Angriffe auf Moscheen und antisemitische Übergriffe. Die Vorgänge der Kölner Silvesternacht 2015<sup>11</sup> sind ein weiterer Treibsatz für die Formierung einer pointiert antimuslimischen, aber insgesamt gegen Einwanderung gerichteten, völkisch grundierten Politik. Damit ist auch die Aufklärungsaufgabe des Integrationsbeauftragten erneut aufgerufen.

## Das Schulsystem bleibt eine »große Baustelle«

Angesichts dieser Gesamtsituation steht auch das strukturell reformierte Berliner Schulsystem vor einer erneuten Bewährungsprobe. Die Antwort auf die große Zahl geflüchteter Kinder und Jugendlicher war zunächst die Einrichtung von »Willkommensklassen« und eine neue Leitlinie für die berufliche Integration der über 16-jährigen Jugendlichen.<sup>12</sup>

Nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus im September 2016 wird ein neuer Senat aus SPD, Linken und Grünen gebildet. Diese neue Koalition geht im folgenden Jahr auf Distanz zur bisherigen zentralen Beschulung von jungen Geflüchteten. Rund vier Millionen Euro sollen investiert werden, um die schulische Situation junger Geflüchteter wie auch abschlussgefährdeter Schüler\*innen zu verbessern u.a. durch weiteren Ausbau der Schul-

10 <https://www.reachoutberlin.de/de/chronikReachout>

11 In der Silvesternacht 2015 hatten offenkundig mehrere Migranten sexuelle Gewalt gegenüber deutschen Frauen ausgeübt. Dieser Vorfall wurde auf die Aufnahme von Geflüchteten bezogen, obgleich die Vorfälle wohl von nordafrikanischen Migranten ausgingen, die schon lange in der Bundesrepublik lebten. Seit der Silvesternacht wurde verstärkt gefordert, Geflüchteten die Werte des Grundgesetzes zu vermitteln. Der Vorfall hat mit dazu geführt, dass der Berliner Senat seinen 2016 verabschiedeten Masterplan zur Integration Geflüchteter um den Begriff der Sicherheit ergänzte.

12 Vgl. Beiträge von Ralf Wiechert-Beyerhaus auf dem JahresforumExtra im Dezember 2016, [www.kommunale-koordinierung.de/files/Jahresforen/Jahresforum\\_Extra\\_2016\\_Berlin/Dokumentation/Forum2\\_Ralf\\_Wiechert-Beyerhaus\\_Folien.pdf](http://www.kommunale-koordinierung.de/files/Jahresforen/Jahresforum_Extra_2016_Berlin/Dokumentation/Forum2_Ralf_Wiechert-Beyerhaus_Folien.pdf)

sozialarbeit. Außerdem erhalten einige sozial besonders schwierige Schulen Mittel aus einem »Brennpunktprogramm« des Senats und aus dem »Turn-around«-Förderprogramm. Tatsächlich hat die Strukturreform mit dem Kernstück der Integrierten Sekundarschule die Bildungschancen insbesondere der Kinder und Jugendlichen mit erheblichen Scheiternsrisiken nicht verbessern können. Der Tagesspiegel resümiert:

Nur 62 Prozent aller Zehntklässler der Sekundarschulen haben im Schuljahr 2016/17 den Mittleren Schulabschluss geschafft – drei Prozent weniger als im Jahr zuvor. Jeder Zehnte verlässt die Sekundarschule ohne Abschluss. Dafür steigt die Quote der Schulabbrecher: Jeder Zehnte verlässt die Sekundarschule ohne Abschluss – doppelt so viele Schüler wie im Bundesdurchschnitt. Die Ergebnisse von Jugendlichen aus Migrantenfamilien haben sich sogar noch weiterverschlechtert: Von ihnen erreichen 16 Prozent keinen Schulabschluss – vier Prozentpunkte mehr als noch 2012.<sup>13</sup>

Die Risiken einer verstärkten sozialen Spaltung der Stadt wachsen also gewissermaßen weiter nach.<sup>14</sup> Wie aktuell dieses Thema ist, zeigt auch eine neue Studie des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung.<sup>15</sup>

## **Die Herausforderung »Geflüchtete«: ein Schub für die Integrationspolitik?**

Es wäre also sehr problematisch gewesen, wenn die »Flüchtlingsfrage« die grundständigen Probleme sozialer Ungleichheit und die Frage nach ihrer Bekämpfung verdrängt hätten. Das war aber – mit der Ausnahme einer starken öffentlichen und politischen Dominanz in der Zeit direkt nach dem »Flücht-

13 Nowakowski, Gerd: Berliner Schulpolitik. Das Ergebnis der Bildungspolitik ist verheerend, in: Tagesspiegel vom 25.6.2018. Dieser Bericht bezieht sich auf die Ergebnisse der »Berlin-Studie«, die von Jürgen Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung geleitet und vom Land Berlin und der Jacobs-Foundation gefördert wurde.

14 Vgl. u.a.: Butler, Jeffrey/Odenwald, Stephanie/Bochum, Ulrich/Kohlmeier, Klaus: Soziale Spaltungen in Berlin, Hamburg 2016.

15 Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie: Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten (=Discussion Paper P 2018-001), Berlin 2018.

lingssommer« – nicht der Fall. Fast schon umgekehrt kann gesagt werden, dass sich mit dem »Schub«, der durch die Bewältigung der Zuwanderung einer Vielzahl von Migrant\*innen – Geflüchteten, aber auch Zuwanderung aus den südosteuropäischen Ländern, auch Polen und aus den südeuropäischen Ländern, die besonders stark von der Finanzkrise 2008 betroffen waren –, entstand, die *Voraussetzungen* für Teilhabepolitik eher verbessert haben.

Dies lässt sich nicht nur daran festmachen, dass die Frage, was das Schulsystem leistet, nicht mehr von der Tagesordnung genommen wurde, sondern auch daran, dass die Aufnahme der Geflüchteten eine Art »Lernstück« dafür war und ist, wie Institutionen und Kooperationen besser aufgestellt werden können. Das gilt zum einen für das Amt des Integrationsbeauftragten selbst, zum anderen aber vor allem auch in der dialogischen Art und Weise, wie das *Nachfolgekonzept* zum »Plan für Integration und Sicherheit« erarbeitet wurde. Dazu wurden gemeinsam mit den Bezirken sowie der Zivilgesellschaft Lebensrealität und -bedingungen Geflüchteter analysiert und auf dieser Basis konkrete Ziele zur Verbesserung der Situation Geflüchteter in den Folgejahren definiert. Am Prozess sind auch Geflüchtete beteiligt. Zielgruppe der Lösungsstrategien sind alle in Berlin lebenden Geflüchteten unabhängig von ihrem Herkunftsland. Das Gesamtkonzept wird in neun Handlungsfeldern erarbeitet. Diese orientieren sich an den Lebensbereichen der Geflüchteten.

Charakteristisch für die dialogische Vorgehensweise ist »Integration im Dialog«, eine Gesprächsreihe in allen Bezirken mit dem Berliner Integrationsbeauftragten zusammen mit Bezirksbürgermeister\*innen, Vertreter\*innen der Bezirksämter, Vereinen, Initiativen, Geflüchteten und den Bürgerinnen und Bürgern der Berliner Bezirke.

## Bezirke

Ein wichtiger Effekt dieser Vorgehensweise ist, dass damit die *Rolle der Bezirke* in der Integrations- und Teilhabepolitik weiter gestärkt wird. Eine Reihe von ihnen mit ihren jeweiligen Integrationsbeauftragten befand sich ohnehin schon seit Jahren auf dem Weg zu einer größeren Initiative – und Verantwortungsübernahme im Gesamtfeld von Einwanderung, trotz geringen rechtlichen Kompetenzen und der schwachen Ausstattung. Als *ein* Beispiel soll hier der Bezirk Pankow genannt werden, der sich mit einer Studie schon früh vergewisserte, wie sich dort Einwanderung sozial und sozial-



räumlich darstellt,<sup>16</sup> und ein enges Kooperationsnetzwerk entwickelt hat Als ein weiteres Beispiel soll der Bezirk Mitte genannt werden, der zum einen in der Geflüchtetenarbeit aktiv ist, zum anderen aber in der Bezirksverordnetenversammlung vom Mai 2018 beschlossen hat, alle Sekundarschulen des Bezirks aufzufordern, in *Berlin braucht dich!* mitzuarbeiten und hierfür auch eine bezirkliche Koordinierung angedacht hat.

Die integrations- und teilhabepolitische Verantwortung der Bezirke zu stärken, wäre auch eine Konsequenz aus dem »Schlussfolgerungen und Empfehlungen« des Berichts zur Jugendgewalt des Berliner Forums für Gewaltprävention.<sup>17</sup> Auf der bezirklichen Ebene – mehr noch als auf der Gesamtberlins – entwickelte sich ein erhebliches Engagement von Willkommensbündnissen und Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit. Der SPD-CDU Senat hat durch seinen Masterplan (Mai 2016) Nichtregierungsorganisationen in den Bezirken finanziell erheblich gefördert. Der rot-rot-grüne Senat hat das mit seinem Gesamtkonzept zur Partizipation und Integration Geflüchteter (Dezember 2018) fortgesetzt.

## Das Prinzip »sowohl – als auch«

Ein wichtiges Indiz dafür, dass seitens der Integrationspolitik darauf geachtet wird, dass die Rechte und Interessen derjenigen jungen Leute aus Familien mit Migrationsgeschichte, die in Berlin geboren und aufgewachsen sind, nicht vergessen werden, ist die kontinuierliche Fortsetzung des Leitprojekts *Berlin braucht dich!*. Zwar gab es 2015 kurzfristig die Überlegung, *Berlin braucht dich!* auch in Hinblick auf junge Geflüchtete in besonderer Weise in Stellung zu bringen. Das wurde aber nicht weiterverfolgt, um weder Kapazitäten noch Aufmerksamkeit von der Kernaufgabe von *Berlin braucht dich!* abzuziehen.

Anfang 2016, also in einer Zeit, in der die »Flüchtlingsfrage« alles zu dominieren schien, äußert sich der Integrationsbeauftragte pointiert – in einem internen Positionspapier von AL III vom 25.2.2016 – zur Notwendigkeit, nun tatsächlich auch die Ausbildung für jene zu öffnen, die bisher kaum eine Chance hatten:

16 Aumüller, Jutta : Vielfalt in Pankow. Die Beteiligung von MigrantInnen auf lokaler Ebene, Berlin 2014.

17 <https://www.berlin.de/lb/lkbgg/publikationen/berliner-forum-gewaltpraevention>

Es geht um Jugendliche, für die Berufsausbildung die weit und breit einzige halbwegs realistische Perspektive für einen Weg in stabile Erwerbstätigkeit ist. Scheitern viele an dieser Stelle, dann wächst die Gruppe jener Jugendlichen in Risikolagen, die sich von der Gesellschaft abgehängt fühlen – mit unkalkulierbaren Auswirkungen auf die Stadtgesellschaft. Die Öffnung beruflicher Perspektiven für junge Geflüchtete ist eine sehr aktuelle und große Herausforderung. Darüber dürfen aber nicht jene weniger Beachtung finden, die hier geboren und aufgewachsen sind. Es geht also nicht um ein ›entweder-oder‹, sondern um ein integrationspolitisch gebotenes ›sowohl-als-auch‹.

## Gewerkschaften

Auch die Gewerkschaften beharren darauf, dass die Jugendlichen mit erheblichen Scheiternsrisiken beim Weg von der Schule in den Beruf nicht nur nicht vergessen werden, sondern in besonderer Weise Unterstützung finden. So wendet sich – wie bereits erwähnt – die damalige Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Berlin-Brandenburg, Doro Zinke, im Februar 2016 mit einem Brief an die Bildungsministerin und an die Bildungspolitik\*innen der Fraktionen, in denen gezielte Unterstützung der Berufsorientierung in jenen Schulen gefordert wird, die zwei in den offiziellen Statistiken benutzte Merkmale haben, nämlich einen sehr hohen Anteil von Schüler\*innen ausländischer Herkunft und zugleich einen sehr hohen Anteil von Lernmittelbefreiung, was ein Hinweis auf familiären SGB-II-Bezug ist.

Zwar betont der Bildungsstaatssekretär in seinem Antwortschreiben vom März 2016, dass Berlin mit Berufsorientierung gut dastehe; aber der geforderte Ansatz findet sich im Sonderfinanzierungspaket der Bildungsverwaltung vom Jahr 2017 wieder. Dort ist dann der Träger Teach First vorgesehen, der junge Hochschulabsolventen als ›fellows‹ zur Unterstützung in sogenannten ›Brennpunktschulen‹ einsetzt, allerdings ohne gleichzeitig eine Zusammenarbeit mit dem Integrationsbeauftragten und mit *Berlin braucht dich!* verbindlich zu machen.

Der DGB-Landesbezirk bekräftigt auf seiner Konferenz im Januar 2018, auf der Christian Hoßbach als neuer Vorsitzender gewählt wird, mit der Annahme einer aktualisierten Version des IGM-Antrags von 2014 seine Forderung nach einem landesweiten integrativen Übergangssystem, unter Ein-

schluss der Jugendberufsagenturen, die die bezirkliche Komponente eines solchen Systems verstärken könnten.

Zum »Stand des Aufbaus und der Arbeit der Jugendberufsagenturen« findet im Mai 2017 eine Anhörung im Abgeordnetenhausstatt – mit einer durchmischten Bilanz.<sup>18</sup> Die Jugendberufsagentur Berlin ist ein durch das Land Berlin (mit den für Bildung, Jugend und Arbeit zuständigen Senatsverwaltungen sowie den Jugendämtern/Bezirksämtern), die Jobcenter und die Agenturen für Arbeit getragenes Arbeitsbündnis mit jeweils einem gemeinsamen Standort in jedem Bezirk.

Das übergreifende Ziel der Jugendberufsagenturen ist es, jeden Berliner Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, der in der Regel das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, zu einem Berufsabschluss zu führen. Dies soll so geschehen, dass er/sie umfassend und ggf. aufsuchend beraten wird, seine/ihre Zielperspektiven geklärt werden, ihm/ihr ein realistisches Qualifizierungsangebot unterbreitet wird, flankierende Maßnahmen gebündelt werden, er/sie bis zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss oder im Einzelfall einer nachhaltigen Beschäftigungsaufnahme unter Einbeziehung aller zur Verfügung stehenden Instrumente begleitet wird, wenn es erforderlich ist.

Damit agieren die Jugendberufsagenturen – wie auch *Berlin braucht dich!* – im Feld des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt. Was *Berlin braucht dich!* vor allem von den Jugendberufsagenturen unterscheidet, ist sein consortialer Ansatz, also die enge und kontinuierliche Zusammenarbeit einer Gruppe von Sekundarschulen mit einer Gruppe von Ausbildungsbetrieben.

Diesem modellhaften und sich die langfristige Förderung beruflicher Perspektiven von Jugendlichen in innerstädtischen Sekundarschulen beziehende Ansatz steht eine auf die Gesamtheit aller Unterstützung bedürftigen jungen Menschen orientierter Ansatz der Jugendberufsagenturen gegenüber. Während der Ansatz von *Berlin braucht dich!* explizit integrations- und teilhabepolitisch ausgerichtet ist, bleibt die Verankerung des »Fokus Migration« bei den Jugendberufsagenturen noch unscharf.<sup>19</sup> Eine Verknüpfung der beiden (und anderer im Übergang Schule – Arbeitswelt agierender) Ansätze erfolgt bisher nicht, ist aber sinnvoll und müsste im Rahmen der weiteren Gestaltung eines Berliner Übergangssystems aufgegriffen werden.<sup>20</sup>

18 <https://www.parlament-berlin.de/ados/18/IntArbSoz/protokoll/ias18-012-wp.pdf>

19 Vgl. Kapitel 2.

20 Vgl. Kapitel 10.

## Die Nachwuchslücke wird immer krasser

Schließlich wächst dem Leitprojekt *Berlin braucht dich!* auch von der immer deutlicher werdenden *Nachwuchslücke* weiter potenzielle Wichtigkeit zu. »Durch den jahrelangen Sparkurs ist die Berliner Verwaltung inzwischen hoffnungslos überaltert. Mehr als ein Viertel der Landesbeschäftigten wird bis zum Jahr 2019 in den Ruhestand gehen. In den kommenden zwei Jahren müssen deshalb knapp 25.000 Stellen neu besetzt werden. Insgesamt gibt es aktuell rund 113.000 Beschäftigte in der Verwaltung – darunter allein 16.500 Polizistinnen und Polizisten, 5.300 Feuerwehrleute, 20.500 Beschäftigte im allgemeinen Verwaltungsdienst, 28.400 Lehrer, 8.100 Mitarbeiter im Justizvollzugsdienst und 6.200 Fachkräfte in der Steuerverwaltung. Und nahezu in allen Bereichen fehlt es an geeigneten Bewerbern«, resümiert die Berliner Morgenpost in einem Beitrag über den Plan des Berliner Senats, in einer großangelegten, professionellen Kampagne gezielt um Nachwuchs- und Führungskräfte zu werben.<sup>21</sup> Der Nachwuchsmangel ist so groß, dass z.B. der Innensenat prüft, die Bestimmung über die Mindestgröße von Polizisten, bisher 160 cm, außer Kraft zu setzen.<sup>22</sup>

Vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklungen der vergangenen Jahre sind nun erneut Gespräche mit der Arbeits- und Bildungsverwaltung und mit der Innensenatorischen Verwaltung im Gang, um durch die Verbesserungen der Kooperationsbeziehungen auch die integrations- und teilhabepolitischen Wirkungen weiter zu verstärken. Denn der Zugewinn an Vielfalt mit heute 27,2 Prozent jungen Leuten aus Familien mit Migrationsgeschichte im Durchschnitt bei neu eingestellten Auszubildenden im Öffentlichen Dienst und in den Betrieben mit Landesbeteiligung<sup>23</sup> und das beachtliche Gesamtpanorama der Investition in Integrationspolitik – 42 Millionen Euro –<sup>24</sup> kann nicht über die fortbestehenden Defizite und ihre teilweise auch drohende Verschärfung hinwegtäuschen.

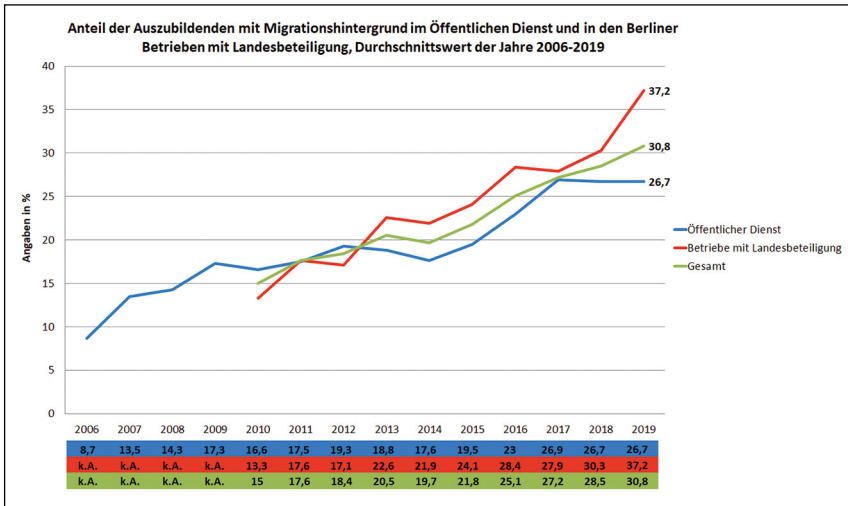
21 Berliner Morgenpost vom 15.7.2017.

22 Berliner Morgenpost vom 17.5.2018 und: Zawatka-Gerlach, Ulrich: 15 Prozent offene Stellen. In der Berliner Verwaltung fehlt massiv Personal, in: Tagespiegel vom 4.1.2018.

23 Pressemitteilung des Integrationsbeauftragten vom 30.5.2018.

24 Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration: Berliner Senat investiert 42 Millionen in die Integrationspolitik, Pressemitteilung vom 21.6.2018.

Abbildung 8: Entwicklung der Anteile neu eingestellter Auszubildender mit Migrationshintergrund



Copyright: BQN Berlin

## »Wir sind in der Realität schon weiter«

Zugleich wird angesichts der öffentlichen Debatten auch im Sommer 2018, in denen unter anderem durch den Innenminister der Bundesrepublik Deutschland geäußert wird, die »Migration sei die Mutter aller Probleme«, Information und Aufklärung erneut zu einer wichtigen Aufgabe, vor allem auch dann, wenn mit einigem Recht gesagt werden kann: »Wir sind in der Realität schon viel weiter als diese Debatten, die den Nährboden für Rechtspopulisten bilden können.«<sup>25</sup>

25 Beikler, Sabine: »Wir sind in der Realität schon viel weiter«. Berlins Integrationsbeauftragter Andreas Germershausen im Interview über Rassismus, Heimatgefühle und Debatten, die Populisten helfen. In: Tagesspiegel vom 30.7.2018.

## Fazit

Das Kapitel 9 zeichnet eine Zwischenbilanz des integrationspolitischen Leitprojekts *Berlin braucht dich!* nach, die das Erfordernis einer Re-Orientierung auf die Tagesordnung setzte. Damit verbunden war eine integrations- und teilhabepolitische Schärfung der Problemlage; pointiert formuliert: gerade diejenigen jungen Menschen aus Familien mit Einwanderungsgeschichte, für die eine Berufsausbildung besonders wichtig wäre, bleiben von ihr ausgeschlossen. Die Diskussion der Gründe und Zusammenhänge, die zu einer solchen Lage führen, wie sie vor allem in den Kapiteln 6 und 7 skizziert wurde, ließ einen erheblichen Handlungsbedarf deutlich werden: eine große integrations-, aber auch bildungs- und arbeitsmarktpolitische Baustelle.

Welches Gewicht oder welche Bedeutung dieser Baustelle zugewiesen wird, hängt auch von der integrationspolitischen Gesamtlandschaft ab, wie sie sich in den Jahren 2014 folgendermaßen darstellt. Dies ist das Thema des neunten Kapitels; es nimmt dabei gewissermaßen den »roten Faden« aus dem dritten Kapitel wieder auf, das mit dem Hinweis auf das wachsende Gewicht der »Flüchtlingsfrage« endete.

Tatsächlich wird die »Flüchtlingsfrage« und hierin insbesondere auch die Situation junger Geflüchteter zu einer großen Herausforderung und zu einem der zentralen Arbeitsschwerpunkte des Integrationsbeauftragten, wie z.B. eine Koordinierungsgruppe für das Zehn-Punkte-Programm zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter und die Federführung für den Masterplan »Sicherheit und Integration« aus dem Jahr 2016.

Es zeigt sich rasch, dass der insbesondere von der Wirtschaft erhoffte Kompetenz-Schub durch gut vorgebildete und hoch motivierte junge Geflüchtete nur zu einem begrenzten Teil der Realität entsprach; viele andere aber aufgrund der Lage in ihren Herkunftsländern und der langen und belastenden Flucht eher zu jenen gezählt werden müssen, die mit erheblichen Schwierigkeiten zu tun haben und in Hinblick auf die Integration in Ausbildung und Arbeit eher zu den Risikogruppen zählen.

Diese Risikogruppen differenzieren sich nun aus: Zu den Jugendlichen aus Familien mit Einwanderungsgeschichte, die in Berlin geboren oder aufgewachsen sind – eine zentrale Zielgruppe von *Berlin braucht dich!* – treten nun auch zahlreiche Menschen aus der Gruppe der neu angekommenen jungen Geflüchteten. Es werden vielfältige Anstrengungen unternommen, den jungen Geflüchteten einen Weg zu schulischer und beruflicher Bildung

bahnen zu helfen; es entstehen bezirkliche Netzwerke und Projekte zu ihrer lebensweltlichen Unterstützung. Zugleich setzt die Berliner Integrationspolitik ihre strategische Option zur Öffnung der Berufsausbildung und damit auch das Leitprojekt in diesem Feld konsequent fort; »sowohl – als auch« ist hierbei die Orientierung.

Das Ankommen einer großen Zahl von jungen Geflüchteten stellt das Berliner Schul- und Ausbildungssystem und die Integrationspolitik vor erhebliche neue Herausforderungen; zugleich wird das gesellschaftliche Klima mit dem Aufkommen rechtspopulistischer politischer Kräfte rauher. Dies führte aber nicht zu einem pragmatischen »muddling through«, sondern war offenbar Anstoß für eine kritische Befragung der bisherigen Verhältnisse, z.B. im Feld der Schule, und für die Suche nach Ansätzen, die auch in Zukunft tragfähig sind.

So entstehen auf der bezirklichen Ebene neue Arbeitszusammenhänge, an die der Integrationsbeauftragte bei der partizipativen Entwicklung des Nachfolgekonzepts zum Plan für Sicherheit und Integration anknüpfen konnte. Migrantenorganisationen engagieren sich sichtbar im Feld der Arbeit mit Geflüchteten; der DGB Landesbezirk weist auf die schwierige Lage an den innerstädtischen integrierten Sekundarschulen hin, die zuständige Senatorin unterstützt nach Kräften den – im vorherigen Kapitel beschrieben – aus der Re-Orientierung von *Berlin braucht dich!* entstandenen Pilotansatz.

Die 2010er Jahre brachten – so wurde im Kapitel 3 beschrieben – eine Aufbruch-Stimmung, die immerhin in eine erhebliche Stärkung von Berufsorientierung mündete. Die wesentlich schwierige, vielgestaltige und drängende Problemlage der Jahre ab 2016 zwingt dazu, nach »systemischeren« Antworten auf die Herausforderungen sozialer Ungleichheit zu suchen. Dies könnte auch für den Übergang Schule – Beruf gelten. Das nächste abschließende Kapitel greift diese Frage noch einmal auf. Im integrationspolitischen Feld der Öffnung der Berufsausbildung bieten sich Chancen zur Einstellung von Migrant\*innen, da der Öffentliche Dienst in naher Zukunft auf eine erhebliche Fachkräftelücke zusteuert. *Berlin braucht dich!* hat nun nicht nur politischen, sondern auch erheblichen personalwirtschaftlichen Gehalt.

